

Dr. Adolf Weiland, MdL
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11
31. Plenarsitzung, Donnerstag, 4. Mai 2017

Aktuelle Debatte
Geplatzter Neonaziprozess nach fünf Jahren Verfahren –
Vertrauen in handlungsfähigen Rechtsstaat gefährdet

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

04.05.2017

Anrede,

wir leben in einer Zeit, in der sich der moderne Verfassungsstaat, in der sich der parlamentarische, freiheitliche Rechtsstaat, in der sich unsere offene Gesellschaft Anfeindungen ausgesetzt sieht, wie lange nicht mehr, und wie wir es uns noch vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können. Dabei geht es insbesondere um Anfeindungen von Rechts- und Linksradiكالen, wie von religiös oder anders motivierten Fundamentalisten.

Uns ist klar, dass die Grundlagen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht gottgegeben sind, sondern jeden Tag neu erarbeitet und verteidigt werden müssen. Und uns ist klar, dass der Rechtsstaat, dass die Demokratie wehrhaft sein müssen.

In diesem Zusammenhang hat das Eintreten eines jeden Einzelnen für die Demokratie und den Rechtsstaat unverzichtbare Bedeutung. Und zu Recht werden wir ja nicht müde, die Bürgerinnen und Bürger hierzu zu ermuntern. Das ist richtig! Richtig ist aber auch:

Von ebenso großer Bedeutung für den Fortbestand und die Fortentwicklung unseres Gemeinwesens ist, wie der Rechtsstaat selbst unter Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Mittel mit seinen Feinden umgeht. Und was mögen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gedacht haben, was mögen sie empfunden haben, als sie gestern bzw. vorgestern erfahren haben:

Neonazi-Prozess geplatzt, Neonazi-Prozess gescheitert, Neonazi-Prozess endet im Debakel oder wie die Überschriften sonst noch lauten. Und was mögen die Bürgerinnen und Bürger gedacht haben, als sie erfahren haben: Einer der umfangreichsten Neonazi-Prozesse mit am Schluss noch 17 Angeklagten, 34 Verteidigern, über 300 Verhandlungstagen wird abgebrochen, weil der Vorsitzende Richter in den Ruhestand gehen muss. Der weitere Verlauf sei ungewiss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns einmal für einen Augenblick gemeinsam überlegen: Was ist das für ein Signal, das der demokratische Rechtsstaat durch diese Nachricht an seine Feinde aber auch an die engagierten Demokraten aussendet? Es ist sicher nicht das Signal der von uns gemeinsam gewollten souveränen und wehrhaften Demokratie, die auch mit ihren Feinden rechtstaatlich einwandfrei umgeht.

Und klar ist: Für unsere Überlegungen hier hat überhaupt keine Rolle zu spielen, wie das Urteil in der Sache ausgesehen hätte. Verurteilung oder Freispruch – das ist für unsere Überlegungen hier völlig unerheblich.

Aber, dass das Verfahren nach all dem Aufwand abgebrochen wird, dass es aus diesem Verfahren heraus jedenfalls kein Urteil gibt und dass im Augenblick niemand weiß, wie es weiter geht, das beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Und es ist unsere gemeinsame Verantwortung, alles dafür zu tun, dass die eingetretene Situation nicht noch mehr denen in die Hände spielt, deren erklärtes Ziel es ist, den Rechtsstaat und die Demokratie verächtlich zu machen. Natürlich gibt es zwingende prozessuale Vorschriften, die zu beachten sind und die die Dauer eines Prozesses beeinflussen. Und natürlich gibt es Pensionsvorschriften, die zu beachten sind.

Aber der Bürger kann von uns zu Recht verlangen, dass wir es nicht beim Hinweis auf vermeintliche oder tatsächliche Unabänderlichkeiten belassen und ansonsten alles seinen Gang gehen lassen mit dem Ergebnis, dass der Rechtsstaat wegen der Beachtung seiner eigenen Regeln gezwungen ist, den Prozess abubrechen, also im Ergebnis wegen der Beachtung seiner eigenen Regeln seinen eigentlichen Auftrag nicht erfüllen kann.

Und ich hoffe, wir sind gemeinsam der Auffassung, dass sich so etwas nicht hätte ereignen dürfen, dass sich so etwas jedenfalls in Zukunft nicht mehr ereignen sollte. Deshalb dürfen wir es dabei nicht bewenden lassen.

Der Bürger kann von uns zu Recht verlangen, dass wir der Frage nachgehen: War der im Nachhinein mehr oder weniger als zwingend erscheinende Abbruch dieses bedeutenden Prozesses wirklich von vorneherein alternativlos?

Hat es im Rahmen der bestehenden Rechtslage, etwa bei der Schaffung der Voraussetzungen für ein voraussehbar so langes Verfahren wirklich keine Möglichkeit gegeben, den eingetretenen Schaden abzuwenden? Und was müsste getan werden, um für die Zukunft sicherzustellen, dass so etwas nicht wieder eintritt?

Ich will hier ausdrücklich nicht die Frage nach etwaiger politischer Verantwortung in den Vordergrund stellen, weil das in diesem Fall den Blick für die Lösung des Problems verstellen könnte. Vom zuständigen Minister erwarten wir aber, dass er es nicht bei Hinweisen auf und Belehrungen über vermeintliche Unabänderlichkeiten und bei Grundsatzklärungen belässt, sondern dass er an vorderster Stelle einen aktiven Beitrag zur Lösung des Problems leistet, damit so etwas nicht mehr vorkommt.